

Die Zeitung erscheint täglich Vormittags um 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerationspreis pro Quartal
1 Thlr. 5 Sgr. — für Auswärtige
1 Thlr. 11 1/2 Sgr. —
Erlaubt: Krautmarkt 1053.

No. 27.

Mittwoch, den 2. Februar.

1853.

§ Die Bestrebungen der Ultramontanen.

Wohin wir unsere Blicke wenden, überall treten ihnen Handlungen parteiischen Religionsstrebens entgegen und nur zu deutlich erkennt man, daß diese Handlungen nicht Auswüchse verirrter Orthodoxie eines Einzelnen, daß sie vielmehr die Ergebnisse und die Folgen einer zu einem Systeme gereiften Ueberlegung sind, welche mit eiserner Konsequenz verfolgt wird: das Streben der ultramontanen Partei, ihre Macht über die Länder der gesammten Christenheit auszudehnen. Die Einkerbung der Madiat's in Toscana, das Verbot der neuesten Schrift von Servinus in Baden und Baiern, der Antrag der katholischen Fraktion in Preußen und die vielfachen kleineren Reibereien katholischer und evangelischer Geistlichen und Gemeinden bekunden dieses Streben so deutlich, daß es Pflicht einer jeden protestantischen Regierung, Pflicht eines jeden freisinnigen Mannes wird, darauf zu sehen, daß diesem Treiben gesteuert werde. Leicht möchten sonst in wenigen Jahren der Fährlichkeit die Früchte eines dreihundertjährigen Strebens nach Aufklärung von dem Unkraute der Orthodoxie überwuchert werden.

Fern sei es von uns, irgend eine Religionsfekte ihres Glaubens wegen zu verdammen, ebenso fern sei es, eine Religionsfekte, als solche, aus dem Staate vertrieben zu wünschen und der Rechte beraubt zu sehen, die jeder Bürger, jeder Mensch verlangen kann, verlangen muß. Glaubensfreiheit ist gewiß das, was einen christlichen Staat am herrlichsten schmückt, und wir sind dafür in des Wortes eigenster Bedeutung.

Eben so entschieden aber, als wir für Glaubensfreiheit sind, eben so entschieden sind wir auch gegen den Mißbrauch, den sich gewisse Parteien mit diesem Worte erlauben möchten; eben so entschieden sind wir dagegen, eine Gesellschaft in unserm Staate Bürgerrechte erlangen zu sehen, welche in dem Gewande der Religion, mit dem Aushängeschild: Glaubensfreiheit, sich niederlassen möchte, um hier in Preußen, wie sie es in anderen Staaten thun, ihre eigenen gesellschaftlichen Interessen zu verfolgen, abgesehen von denen des Staates, ja nicht selten denselben entgegenzusetzen; eine Gesellschaft Bürgerrechte erlangen zu sehen, deren Mitglieder nicht Bürger des Staates sind, in welchem sie leben, sondern nur Bürger ihrer Verbindung; deren Moral kurz und scheußlich genug in den wenigen Worten enthalten ist: Der Zweck heiligt die Mittel! — Dieser einzige Satz genügt schon, das Verdammungsurtheil zu sprechen; denn wer vor keinem Mittel zurückschreckt, um zu seinem Zwecke zu gelangen, der kann von christlicher Nächstenliebe, der Hauptbasis unserer Religion, nichts im Herzen tragen, der kann die Religion nur als Deckmantel seiner geheimen Interessen benutzen, um dieselben dem Auge der Welt zu entziehen. Mögen sie daher mit noch so schönen Versprechungen uns locken, uns noch so herrliche Ausblicke eröffnen, wir wollen ihre Gemeinshaft nicht. Gleich jenem Priester rufen wir: Quidquid id est, timeo Danaos, et dona ferentes!

Wir wollen hoffen, daß unsere Regierung stark genug sein möge, das Streben der Ultramontanen für unsern Staat zu hindern; doch wir wollen nicht hoffen, indem wir die Hände in den Schooß legen, wir wollen selbst dagegen wirken, ein Jeder in seinem Kreise, so viel er kann!

Berlin, vom 1. Februar.

Er. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem

Geheimen Ober-Revisionsrathes a. D., Heinrich Brewer, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; so wie dem städtischen Polizeibehörden Jakob Schneefeld zu Saarbrücken, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; desgleichen den bisherigen Bau-Inspektor Salzenberg zu Hirschberg, Regierungs-Bezirk Kegnitz, zum Regierungs- und Bauath zu ernennen; und dem Ober-Begebau-Inspektor Behsemeyer zu Erfurt den Charakter als Bauath zu verleihen.

Verhandlungen der Kammern.

Berlin. (Sitzung der Ersten Kammer vom 31. Januar.) Präsident Graf Wittberg. Am Ministertisch der Ministerpräsident v. Manteuffel, die Minister v. Bismarck, v. Roon, v. Kammer, Simons. Der Präsident eröffnet zunächst die Entscheidung der Kammer über eine Vorfrage. Die Vorlage handelt von der Bildung der ersten Kammer, dessenungeachtet lagen Amendements über die Bildung der zweiten Kammer vor. Dem Präsidenten scheint dies unzulässig.

Minister des Innern: Bereits in der letzten Legislaturperiode hat die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher bezweckte, die Bildung der ersten Kammer in die Hände Sr. Majestät des Königs zu legen. In der Ueberzeugung, daß eine erste Kammer in Preußen dauernd nur dann begründet werden kann, wenn ihre Bildung frei und rein von aller Verdrängung in die Machtvollkommenheit des Königs gegeben wird, hat die Regierung jene Vorlage beim Beginn dieser Session erneuert. Dieselbe beruht auf dem Vertrauen zu Sr. Majestät dem Könige. (Der Minister verliest sodann die in der Kommission abgegebene Erklärung.) Die Regierung stimmt dem Vorschlage der Kommission bei. Mit einem Wahlgesetze für die zweite Kammer hat sie sich gründlich beschäftigt, hält aber den Augenblick noch nicht für gekommen, in Betracht, daß die Provinzial- und Gemeindeforderungen in der Beratung begriffen sind, eine Umgestaltung der zweiten Kammer in Erwägung zu nehmen. Sobald diese Beratung beendet ist, wird die Regierung, wie ich Namens derselben zu erklären ermächtigt bin, ein umfassendes Gesetz über die Umgestaltung der zweiten Kammer vorlegen. Die Regierung hofft mit Zuversicht, daß die hohe Kammer im Vertrauen auf Sr. Majestät den König den Intentionen, welche uns geleitet haben, entsprechen und dem Vorschlage der Kommission ihre Zustimmung geben werde. — von Gaffron (als Berichterstatter) erklärt, daß zwischen der Umbildung der ersten und der zweiten Kammer ein nicht zu verkennender Zusammenhang bestehe. Er glaube nicht, daß beide Gegenstände getrennt werden können und er werde sich auch gegen eine etwaige Zurückweisung an die Kommission erklären. — Brügge mann findet in den Amendements die Forderung eines in der Praxis noch nie zugestanden Verfahrens. Er beantragt deshalb:

„daß die Beratung und Beschlußnahme über die drei bezüglichen Verbesserungsvorschläge von der Verhandlung über den die Bildung der ersten Kammer betreffenden Gesetzentwurf ausgeschlossen, und daß dieselben, so weit sie sich auf die Umbildung der zweiten Kammer beziehen, als Anträge, welche einen besonderen, in dem Gesetzentwurf nicht berührten Gegenstand betreffen, der dritten oder einer neu zu bildenden Kommission zur Vorberatung überwiesen werden.“

Er motivirt diesen Antrag aus der Geschäftsordnung und bestreitet, daß außer der Bestimmung über den Zeitpunkt, wann die neuen Kammern in Kraft treten sollen, wesentliche Veränderungen zwischen der Vorlage und den Amendements stattfinden. Für einen Vorschlag, die erste Kammer in neuer Form nicht eher in Kraft treten zu lassen, als bis auch die zweite umgestaltet worden, würde er gleichfalls stimmen können. Jeder anderen Forderung aber müsse er entgegenstehen, um so mehr, als die Staatsregierung in ihrem vollen Rechte sei, wenn sie es nicht ausgeben wolle, daß mit ihrer Gesetzes-Vorlage ihr fremde Bestimmungen in Verbindung gebracht werden. Das Verfahren, das durch die Amendements bezweckt werde, entziehe die Regierungsvorlagen ihrem ursprünglichen Gebiete und bereite ihnen unauflöbliche Schwierigkeiten. Bei dem allgemeinen Gesetze über die Aufhebung der Gemeindeordnung von 1850 habe man wegen Verletzung der ländlichen Vertretung auf den Kreis tagen nicht improvisiren wollen, könne man sich heute anmaßen, den Vogel im Fluge zu treffen und ohne gehörige Vorbereitung das schwierige Problem, die Einigung eines angemessenen Wahlgesetzes für die zweite Kammer, zu lösen? — v. Zander für die Zurückweisung der

Amendements an die Kommission. Seit zwei Jahren beschäftige man sich mit der Vorlage, und Niemand sei darauf verfallen, einen Mangel derselben darin zu finden, daß sie nicht zugleich über die Bildung der zweiten Kammer Bestimmungen enthalte. — Stahl. Die Verweisung der Amendements ad separatim, wie der Vorschlag ausgedrückt ist, durch die Geschäftsordnung nicht nur nicht geboten, sondern nicht einmal zulässig. Die Vorlage hebt den Artikel 65 der Verfassung mit Allem, was mit demselben in Verbindung steht, auf. Schon hieraus ergiebt sich der wesentliche Zusammenhang unserer Anträge mit der Vorlage. Die Aufhebung der Verfassung ist der Berührungspunkt beider. (Bravo.) Der Antragsteller, der die Zurückweisung will, überhebt, daß die Vorlage nicht bloß aus einem Artikel 2, sondern auch aus einem Artikel 1 besteht. Wir haben unsern Antrag nicht wegen der Verwandtschaft der Gebiete der ersten und der zweiten Kammer gestellt, sondern wegen des Zusammenhanges der Objekte. Die Repräsentation der Stände ist der Centralpunkt, in welchem unser Antrag mit der Vorlage zusammenfällt. Die Geschäftsordnung fordert eine wesentliche Verbindung mit der Hauptfrage; dieser Forderung entspricht der von uns beantragte Zusatz vollkommen. Dem Präcedenz hatte er ein anderes entgegen. Der Propositor, welche durch Allerhöchste Befehl im Jahre 1849 wegen der Bildung der ersten Kammer eingebracht wurde, legte die zweite Kammer die Zusatzbestimmung wegen des Budgets hinzu. Der andere Einwand, daß der Antrag wegen der zweiten Kammer „improvisirt“ sei, hat das gegen sich, daß der Antrag seit mehreren Tagen vorliegt und überdies längst Gegenstand der öffentlichen Diskussion ist. Uebrigens ist nicht einzusehen, warum man einen Vogel nicht ebensowohl im Fluge, als einen Bod im Stehen schlagen könnte (Heiterkeit). Will man mit dem Antragsteller, daß mit Vorlagen der Regierung nichts Verwandeltes in Verbindung gebracht werden soll, so führt man uns der neuesten französischen Gesetzgebung entgegen, daß die Kammern zu den Vorlagen nur Ja oder Nein zu sagen haben. Von einer Freiheit der Beratung oder parlamentarischen Bewegung ist dann keine Rede mehr (Bravo). Ich will der Regierung nicht entgegen treten; meine Stellung ist überhaupt keine aggressive. Ja, ich will sogar erliegen, nur soll die Macht, der ich erliege, mich mit der Speerschwanz der Debatte bekämpfen, nicht aber mich durch die Schandkränze der Geschäftsordnung erstickt wollen (Bravo). — Graf Bismarck beantragt, von dem Vordränger einen Ausdruck gehört zu haben („Bod im Stehen schlagen“), wie er Stahl'sen Reden sonst fremd zu bleiben pflege (Bravo), und er habe es für sehr bedauerlich, durch die Distinktion des Stahl'sen Antrages ein Präcedenz zu geben. Der Antrag sei in der Kommission gar nicht zur Beratung gekommen, der Antragsteller habe ihn auf die Erklärung der Regierung zurückgezogen. Er wünscht, daß dies auch dem Gesetzgeber und fürstlich andernfalls, das man mit dem Gegenstande sonst so bald nicht zu Ende komme. Die Majorität sei aus wohlüberlegten Gründen und nach schweren Kämpfen jetzt bereit, pure für die Vorlage zu stimmen; wer der Regierung Schwierigkeiten bereiten will, möge für den Stahl'sen Antrag stimmen. Dagegen hätte er gewünscht, daß die Erklärung der Regierung unzweideutiger gewesen wäre. In der Kommission habe die Regierung erklärt, „sie könne es nicht hindern“, wenn Anträge über die zweite Kammer gestellt würden, aber sie müsse die Verbindung solcher Anträge mit der Vorlage einer Verwerfung der letzteren gleich achten. Er fordere die Regierung auf, zu erklären, ob sie heute diese Meinung aufrecht erhalte? — Ulrich steht in der Erklärung der Regierung, daß die Weisheit des Königs eine den Traditionen der Monarchie entsprechende Vertretung schaffen werde, eine genügende Garantie dafür, daß auch die Ständeverordneten Berücksichtigung finden werden. Auch er schließt sich dem Antrage auf Zurückweisung der Amendements an. — Minister v. Bismarck bemerkt, Graf Bismarck habe seine Erklärung nicht vollständig mitgeteilt. Die Regierung sei nach reiflicher Ueberlegung zu der heute durch ihn vorgebrachten Erklärung übergegangen, und diese sei so klar und bestimmt, daß er sie nicht bestimmter zu fassen vermöge. — v. Below hält sich verpflichtet, der Monarchie andere Stützen zu geben, als die Vorlage bezwecke. Er könne nicht so leichtig mit wichtigen Dingen umgehen. Die Kammer sei ebenfalls der zweiten, von Wahlmännern frei gewählt, sie bestche aus freien unabhängigen, jedem Einflusse unzugänglichen Männern. Sie habe schon einmal den provisorischen Charakter abgestreift, den ein unkorrektes Gesetz ihr aufsetzen wollte. Sie stehe nicht auf dem Standpunkte, Alles ins Leben treten zu lassen, was man ihr vorlege. Sie habe die Verfassung v. 5. Dezember verbessert, die Allen unerwartet aus den siegreichen Bajonetten hervorge-

Reise-Skizzen

gesammelt in England, Schottland und Holland.

(Original.)

(Fortsetzung aus Nr. 26.)

Die Tanzplätze bieten die Gelegenheit, die Bekanntschaften Verbindung geschlossen. Häufig ist der junge Ehemann erst 14 Jahr alt und eben so häufig sind die Frauen stets etwas älter als ihr Geliebter. Was die Capitalien betrifft, mit denen die Neuvermählten ihr Geschäft beginnen, so genügen 5—10 Schillinge dazu, wenn sie nicht größere Summen borgen können.

Wie schon gesagt, gehen wenige von den Straßenleuten zur Kirche; die von den Straßen-Missionären verbreiteten Traktäthen haften sie, da nicht einer von vierzig lesen kann und da sie von diesen Schriftchen keinen, oder nur einen sehr untergeordneten Nutzen haben. Die Missionäre, welche die Traktate verlesen, werden nicht verstanden und nicht geachtet; es würde den Leuten viel lieber sein, wenn ihnen diese für einen Schilling Drangen abkaufen und diese den Kranken und den Kindern schenken. Sollten die Straßenleute gezwungen werden, sich zu einer Kirche zu bekennen, so würden sie alle der römisch-katholischen zueilen, weil sie so oft sehen, wie die armen, kranken katholischen Paddies von den Priestern und barmherzigen Schwestern besucht und gepflegt werden, während zu ihnen Niemand kommt. Jene Religion wird von ihnen für die beste gehalten, welche die meiste Barmherzigkeit übt und der Missionär, welcher mit einem Geldsack käme, würde sicher die meisten Befehrer finden.

Es ist schon früher bemerkt worden, daß diese Leute theils eine Menge von eigenthümlichen Worten gebildet haben, theils auch solche Ausdrücke gebrauchen, welche kein Uebersetzer versteht. Die Mehrzahl dieser Worte ist durch die Umkehrung

der Worte gebildet, so z. B. die Münzen und Zahlworte; ein Penny heißt: Thenep, two pence heißt: owt yenep u. s. w. Die Erziehung ist sehr dürftig und wie überall in England, meist auf Privatschulen beschränkt. Zwar giebt es Wohlthäter genug, welche zur Einrichtung von Sonntagsschulen für Erwachsene und für Vorkurschulen große Summen ausgeben, dennoch ist die allgemeine Volksbildung eine so niedrige, daß unsere unteren Volksschichten den Engländern gegenüber wirklich als Gelehrte erscheinen. Die Erhaltung des Lebens ist eine Hauptaufgabe dieser Menschen und wer von der Familie im Stande ist, etwas zu erwerben, muß arbeiten helfen. Niemals hat man gehört, daß ein Straßenhändler den andern bestohlen hätte; sie betrachten sich als eine große Familie und wachen gegenseitig über ihr Eigenthum.

Die Straßenhändler führen ihre Gegenstände des Handels in der verschiedenartigsten Weise durch die Straßen; von dem Wagen, mit einem Pony oder einem Esel bespannt, bis zur eisernen Mulde des Stiefelwischers und den Resten eines alten Weidenkorbes, in denen ein kleiner irischer Bursche seine Schwefelhölzer feil hält, zeigt sich eine eben so große Mannigfaltigkeit als in den Waaren selbst, welche verkauft werden. Wagen und Karren der verschiedensten Art, Handkarren, Körbe, Mulden, flache Kisten, blecherne Apparate, Rannen und Käffer, alle diese verschiedenen Fortbewegungsgegenstände sieht man in mannigfaltigster Abwechselung und Verzierung in den Straßen.

Zum Beginn eines Straßenhandels bedarf es daher verschiedener Summen, je nach der Art und Ausdehnung des Geschäfts. Die Leute, welche keine eigenen Mittel haben, müssen zu Anleihen schreiten und dabei anstatt der gebräuchlichen 5 pCt. für das Jahr, 20 pCt. für die Woche, also 1040 für das Jahr zahlen. Da diese Händler nun fast allein von der ärmeren Bevölkerung Londons leben, so sind es diese allein,

welche diese enormen Zinsen abtragen müssen. Eben so ungeheuer ist die Miete für einen Wagen oder Karren; für einen Schiebkarren beträgt diese für die sechs Wintermonate einen Schilling für die Woche und 1 1/2 Schilling in den Sommermonaten. Es befinden sich ungefähr 5000 geliebene Schiebkarren in den Händen der Straßenhändler, welche dem Eigenthümer eine Jahresrente von 16,250 Pfund Sterling bringen, also fast 150 pCt. Man sieht hier recht, wie die Arbeit durch das Capital ausgebeutet wird.

In vielen der mannigfaltigen Durchgänge in London waren früher Kaufläden, welche jetzt in eine Art von Theater umgewandelt sind, ist der Eintrittspreis auf einen Penny festgesetzt. Gesang und Tanz ist dort an jedem Abend. Rohe Abbildungen der Künstler sind außen angebracht, um als Anziehungsmittel zu dienen und bunte Lampen und Transparente locken die Zuschauer an. Die Straßenhändler besuchen vorzugsweise diese Orte und nennen sie: Penny-Galls. Am Montag Abend werden in der Regel sechs Vorstellungen gegeben, welche meist von 200 Personen besucht sind. Man kann sich keinen Begriff von der Unwissenheit und Unmoralität dieser Klasse von Menschen machen und anstatt hier irgend eine Spur von Bildung zu gewinnen, werden diese Schauspiele vielmehr die Schule der gräßlichsten Ausschweifungen. Sehr viele der Zuschauer sind noch Kinder und hier lernen sie viel eher die unflätigsten Reden verstehen, als sie in der Schule die dürftigsten Kenntnisse auffassen. Kleine Mädchen begleiten diese Aeden mit eben so lautem Gelächter, als dies von den sie umfliehenden halberwachsenen Buben geschieht. Wie könnte da ein junges Mädchen die Begriffe von Keuschheit und Tugend erhalten, wenn in diesen Theatern das Gegentheil zur Anschauung kommt.

(Fortsetzung folgt.)

sprossen sei, sie werde auch heute konservativ zu handeln wissen. — Brüggemann verwarf sich gegen die Anschuldigung, seine Gegner in der Schärfe der Geschäftsordnung erwürgen zu wollen. Hätte sein Antrag diesen Sinn, er würde ihn sofort zurückziehen. Aber es liege den Antragstellern frei, ihren Antrag besonders zu stellen; in acht Tagen könne die Beratung stattfinden. Die Freiheit der Bewegung werde also in keiner Weise verengt, wenn heute der Antrag an die Kommission zurückgewiesen werde. — Stahl erklärt, den gerügten Ausdruck nicht auf den Vorredner bezogen zu haben. Was aber das Nachbringen des Antrages betreffe, so könne er sich damit nicht begnügen, da er nur im Hinblick auf die Annahme seines Antrages für die Vorlage stimmen könne. — Graf Arnim verwahrt sich zunächst gegen den Vorwurf der Verbindungslosigkeit seines Antrages mit der Gesetzbildung. Das könne man ihm unmöglich zum Vorwurf machen, nachdem man vom Minister die Erklärung gehört habe, daß die zweite Kammer nicht so dreschen könne, wie sie jetzt zusammengestellt sei, sondern eine grundsätzlich andere werden müsse. Der Antrag sei hier vollkommen an der Stelle, und er verlange nichts weiter, als daß derselbe debattiert und angenommen oder verworfen werde. Es sei keineswegs seine Absicht, dem Gesetze Schwierigkeiten zu bereiten, vielmehr wüßte er sehr wohl, daß die Umbildung der ersten Kammer durchgehe. Niemand von seinen Freunden verlange, daß das Amendement als ein Ganzes angenommen werden solle. Die einzige Schwierigkeit in der Regierungs-Vorlage sei ihm darin erschienen, bis zum 4. August etwas Festes und Bestimmtes hinzustellen. Die Regierung habe angekündigt, sie werde sich mit einem Wahlgesetz befassen, sobald die Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung zum Abschluß gekommen sei; dies sei aber eine so ferne Aussicht, daß man mit der gegenwärtigen Vorlage vollkommen zu Ende sein könne. Die Regierung habe nichts gegen das von ihm und Stahl gestellte Amendement, sie wolle nur nicht, daß es zur Bedingung der Annahme ihres Gesetzes gemacht werde. Nehme man es mit den drei Artikeln an, so erhalte die Regierung ein Geschenk, mit dem sie wohl zufrieden sein könne. Wollte man das Amendement theilen, so werde man es vielleicht auch zur Abstimmung bringen, aber den Willen, den man dadurch hervorbringe, werde man noch lange vernehmen. Er spreche hier weniger für sich als für andere, ihm könne es recht sein, wenn das Gesetz pure angenommen werde, da er von Anfang an dafür gestimmt habe. Vor einem Antrag, der gegen seine Ueberzeugung sei, beuge sich sein Gefühl, wenn er von der Krone ausgehe und den Wunsch nach einem Rechte enthalte, das er ihr von Herzen gönne; nicht aber beuge sich sein Gefühl vor dem Antrage, der aus der Mitte der Kammer eingebracht sei. Er müsse daher, daß das Gesetz noch heute angenommen werden möge. — Es erfolgen sachliche Berichtigungen und Bemerkungen zur Geschäftsordnung von Hr. Jepsen, Hr. Arnim, Brüggemann, welcher letztere noch als ein Hauptgrund für die Stellung seines Antrages die Erklärungen der Regierung in der Kommission anführt, daß sie mit den im Arnim'schen Amendement ausgesprochenen Grundsätzen über die Umbildung der zweiten Kammer nicht einverstanden sei, sondern sie auf wesentlich anderen Grundlagen aufbauen wolle, und daß sie die Verbindung des Amendements mit ihrem Gesetze einer Verwerfung desselben gleichsetze. — Stahl stellt nun den Unterantrag: unter Anerkennung der Zulässigkeit seines Amendements daselbe an die Kommission zurückzuweisen und die Festsetzung der Debatte nach Erstattung des Kommissionsberichts vom Präsidenten zu erwarten. — Im Fortgange der Bemerkungen zur Geschäftsordnung zieht Brüggemann den ersten Theil seines Antrages zurück, worauf Stahl dasselbe mit seinem Unteramendement, daselbe jedoch wieder aufnimmt, da Schlegelndal den von Brüggemann fallengelassenen Antrag zu dem seinigen gemacht hat. — Als Resultat dieser gegenseitigen Bemerkungen und Anträge ergiebt sich endlich die Annahme des von Stahl gestellten Unteramendements: unter Anerkennung der Zulässigkeit der gleichzeitigen Beratung der eingebrachten Amendements mit der Vorlage, sie an die Kommission zurückzuverweisen und den Präsidenten zu ermächtigen, den Tag nach Ausgabe des Kommissionsberichts die Beratung anzusetzen. Durch Annahme dieses Antrages ist allen Wünschen entsprochen und der heutigen Beratung das Ziel gesetzt. Schluß 1½ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Deutschland.

Berlin, 1. Februar. Heute Morgen um 10 Uhr wurden in der zweiten Kammer die Debatten über die Aufhebung der Gemeinde-Ordnung fortgesetzt. Sowohl aus den Reden, welche für, als aus denen, welche gegen die Regierungsvorlage gehalten wurden, hat sich die Wichtigkeit der Bemerkungen erwiesen, die ich vor einiger Zeit an diese Frage knüpfte, die Beförderung vor Wiederherstellung der alten Zustände — der Provinzial-Landtage in der bisherigen Zusammenfassung in ihrer vollen Kompetenz, die den Grafen v. d. Goltz veranlaßte, gegen die Regierungsvorlage und zu Gunsten der Vertagung der ganzen Angelegenheit zu sprechen; der Dank, den Graf Renard dem Ministerium widmet, weil es entschieden mit der Revolution gebrochen, und dieses giftige Embryo im Keime erstickt habe; das, was Nibel geltend macht, mit der Aufhebung der Gemeinde-Ordnung zu warten, bis die speziellen Gesetze beschlossen wären, um damit eine Basis für die neue Gesetzgebung zu gewinnen: — alles pro und contra wird durch die Gesichtspunkte beherrscht, die ich als maßgebend bezeichnet habe. Die Constitutionellen fürchten das Uebergewicht der kleinen, aber mächtigen Partei, und die Linken stimmen mit den Ministeriellen, weil sie durch Aufhebung des Artikel 105 in aller vorwärtigen Glorie resituirt werden und es bleiben, wenn das Cabinet nicht die größte Energie entwickelt. Herr von Gerlach, salbungsvoll wie immer, erinnert die Kammer an das Sprichwort: — irren ist menschlich; — Irrthum bekennen ist göttlich. Es scheint indeß, als ob immer noch zwei Größen unfehlbar seien, der Papst und der Rundschauber, die sich nie irren, zum wenigsten es nicht eingestehen. Interessant war die Stellung des Ministerpräsidenten, der wie Brutus sein eigenes Kind verurtheilt. Er hat nicht ohne Geschick die Vorwürfe der Inconsequenz zurückgewiesen, die er nach seinen Worten jedenfalls eingestehen würde, wenn es der Fall wäre, da er nicht zu denen gehöre, welche der Consequenzmachelei zu Liebe das Nützliche von sich stoßen. — Schließlich wurde der Antrag auf Vertagung der Debatte abgelehnt und die Special-Debatte beliebt, die erst um 3 Uhr abgebrochen wurde. Die nächste Sitzung wird am Donnerstag sein. Herr v. Vinde hat übrigens heute auf seinen Vorberer geruht. — Tante Hof nennt in ihren Auszügen aus Pariser Blättern — eigene Correspondenten scheint sie nicht für nöthig zu halten — den Kaiser Louis Napoleon seit seiner Verlobungsrede einen Selbstherrscher; — sie hat den armen Corfen sichtlich in Ungnade fallen lassen.

Berlin, 1. Februar. Wie die R. Pr. Z. hört, wird der definitive Abschluß der Zoll-Verhandlungen noch innerhalb dieses Monats erwartet.

— Aus sicherer Quelle verlautet, wie die „Zeit“ schreibt, daß den Kammern nächstens eine Vorlage wegen einer Vermehrung der Militärkraft des Landes zugehen werde. Es handelt sich um eine Verstärkung der Reserve-Regimenter.

— In der nächsten Sitzung, die frühestens am 3. Februar stattfindet, wird sich die erste Kammer mit der Städteordnung für Neuvorpommern und Rügen beschäftigen.

— In der Behandlung der freien Gemeinde scheint von

den Staatsbehörden jetzt ein von dem bisher beobachteten abweichendes Prinzip angenommen zu sein. Wenigstens ist neuerdings die Appellation, welche die Staatsanwaltschaft zu Magdeburg gegen eine Freisprechung Ullrich's eingelegt hatte, unerwartet zurückgenommen worden. (C. V.)

— Die Geltendmachung von Erbsprüchen Seitens des Herzogs von Anhalt-Desau in Bezug auf das Herzogthum Lauenburg, besteht, wie das „C. V.“ schreibt, lediglich in einer Verwahrung gegen die schon vor längerer Zeit Namens der Ernestinisch-Sächsischen Fürstenlinie erneuerten Ansprüche. Diese Verwahrung ist auch nicht erst jetzt eingelegt, sondern älteren Ursprungs, sie beabsichtigt auch nicht, für den Augenblick eine Entscheidung herbeizuführen, sondern lediglich die Sicherung eventueller Rechte.

— Das Bisthum Breslau ist ein eximies, dem apostolischen Stuhle unmittelbar unterworfen, und umfaßt theils den preussischen Sprengel, theils die Pfarreien in Berlin, Potsdam, Spandow, Frankfurt a. d. O., Stettin und Stralsund, die vom jedesmaligen Propste zu St. Hedwig in Berlin (Ehrenreueanus des Breslauer Domkapitels) verwaltet werden, endlich die aus österreichischem Gebiete belegenen Pfarreien. Interimistisch wird jetzt der Domherr Dr. Förster die Angelegenheiten verwalten, doch muß innerhalb dreier Monate die Wahl des neuen Bischofs durch das gesammte Domkapitel stattfinden, indem es zuvor drei Personen designirt, von denen es sich im Voraus überzeugen muß, daß sie dem Könige angenehm (grati) sind. Schon jetzt nennt man mehrere Namen, an die gedacht werden soll: den Bischof Frhrn. v. Retzler in Mainz, einen gebornen Westphalen, dessen entschiedenes Auftreten in der oberheinischen Kirchenprovinz viel besprochen worden ist, den Prinzen Gustav Adolph von Hohenlohe-Schillingensfürst, päpstlichen Prälaten und Kammerherrn, Bruder des schlesischen Herzogs von Ratibor, der in den letzten Jahren mehrere Male Deutschland besucht hat; von den Breslauer Domherren selbst wird der Domdechant und Professor Ritter genannt, früher Professor in Bonn und durch schriftstellerische Thätigkeit ausgezeichnet. Der letztere scheint manche Stimmen für sich zu haben, da er ein geborner Inländer ist und die hohenzollernschen Lande schon unter ihm stehen.

— Die von der Landeskirche getrennte lutherische Kirche in Preußen hat im Ganzen 7 Superintendenturen, nämlich: Breslau, Königs, Mülisch, Thorn, Trierlaff in Pommern, Wollin, Berlin und außerdem die noch keiner Superintendentur angehörigen Pfarbezirke: Erfurt, Köln a. R., Nade vor dem Walde, Stettin in Nassau und Jhringen in Baden. Es gehören zusammen 49 Pfarbezirke zu dem ganzen Kirchen-Verbande, und besteht jeder Pfarbezirk aus einer großen Anzahl weit zerstreuter Gemeinden und Predigtorte. Die Gesamt-Seelenzahl beträgt 44,000.

— Am 1. Februar 1833, also gerade heute vor 20 Jahren, ist die Rettungs-Medaille von unserem hochseligen König gestiftet worden.

Münster, 28. Januar. Aus guter Quelle kann ich Ihnen die Mittheilung machen, daß die Bischöfe Preußens unlängst in Betreff der verheißenen Dotation der katholischen Bischöfe eine energische Eingabe an Sr. Majestät den König abgesandt haben. Ein Gleiches ist auch von sämmtlichen Domkapiteln der preussischen Monarchie geschehen. (D. V.)

Aus Thüringen, 30. Januar. Es wird jetzt aus offizieller Quelle mitgetheilt, daß die sämmtlichen Großherzöge und Herzöge sächsischen Häuser an den Bundesbeschlüssen über die kurhessischen und schleswig-holsteinischen Verhältnisse sich nicht betheiligen, und daß, was namentlich die Billigung des von den österreichisch-preussischen Kommissarien eingeleiteten Verfahrens und die Anerkennung des Londoner Protokolls betraf, sie vor Allem eine genaue Erörterung vor der beschließenden bundesräthlichen Entscheidung verlangt hatten.

Frankfurt, 29. Jan. Professor Schönbein aus Basel, der bekanntlich in Gemeinschaft mit unserem Mitbürger, Professor Wöhler, die Schießbaumwolle erfunden hat, ist seit einigen Tagen in unserer Stadt anwesend. Es ist, dem Vernehmen nach, nunmehr ein Vertrag zu Stande gekommen, nach welchem die Professoren Wöhler und Schönbein das Geheimniß ihrer Erfindung der österreichischen Regierung vollständig abtreten; sie haben sich verpflichtet, dasselbe Niemandem weiter mitzutheilen und Erfahrungen, welche sie fernerhin noch, in Bezug auf diese Erfindung, machen würden, ausschließlich zur Kenntniß der österreichischen Regierung zu bringen. Die Schießbaumwolle, wie sie von den erwähnten Professoren erfunden worden, würde zu militärischen Zwecken nicht tauglich gewesen sein; sie ist dies erst durch wesentliche Verbesserungen geworden, welche man dem Scharfsmann des österreichischen Artillerie-Majors, Baron v. Lenk, in Mainz, verdankt. Die k. österreichische Regierung hat jedoch die beiden ursprünglichen Erfinder durch eine ihr Verdienst anerkennende Gratifikation ausgezeichnet und für die vollständige Ueberlassung ihres Geheimnisses würdig belohnt; sie hat ihnen zu diesem Zwecke eine Summe von 30,000 G. zuerkannt.

Samburg, 30. Januar. Es ist geraume Zeit her, daß ich in meinen Meldungen der Herzogthümer nicht gedachte, die doch von Seiten aller Deutschen auf mehr als eine vorübergehende Theilnahme zu rechnen haben. Es war allerdings nichts Hervorstechendes zu melden. Die Dinge gingen ihren durch die ersten Schritte der wiederhergestellten landesherrlichen Gewalt eingeleiteten Weg weiter fort, und was etwa an einzelnen Facten zu bemerken war, wurde durch die täglichen Notizen der Blätter ausreichend gegeben. Mittlerweile ist durch Besuche aus Schleswig und Jütland die Erinnerung an jene Länder wieder neu in mir aufgerischt worden, deren nächste Veranlassung die nachfolgenden Zeilen sind.

Im südlichen Schleswig werden die Dänisirungsversuche von Seiten der geistlichen und weltlichen dänischen Behörden unablässig fortgesetzt, finden aber, wenigstens an den größeren Orten, und namentlich in der Stadt Schleswig, an dem in sich zurückgezogenen und ruhig ausdauernden Sinne der Bevölkerung einen schwer zu überwindenden Widerstand. In jüngster Zeit sind namentlich die Schulen dazu ausersehen, zum Behuf des Dänenthums zu dienen. Es ist bekannt, daß allen Schulen, auch den Privat-Instituten, die Einreihung des

dänischen Unterrichts in ihren Lektionsplan zur Pflicht gemacht wurde, und so ist es denn dieser Lehrzweig, der bei vorzunehmenden Prüfungen ganz besonders berücksichtigt, und Lehrern und Schülern vorzüglich warm anempfohlen wird. Es ist indeß ganz bemerkenswerth, daß eine solche Anempfehlung immer nur in deutscher Sprache geschehen kann, indem die dänische dort noch immer nicht über den Standpunkt einer fremden und geduldeten hinaus ist. Und dies Bewußtsein macht sich denn auch rückwirkend bei den dänischen Behörden geltend, wenn sie dasselbe auch möglichst zu verdecken suchen. Auch stehen die Schulverhältnisse in der Stadt Schleswig noch immer so, daß von den zwei Schulen, welche sich in die Jugend der gebildeten Klassen theilen, der (gelehrten) Domschule, welche Staatsan-stalt, und der Realschule, die, unter einem Directorium dortiger Bürger stehend, Privatanstalt ist, die letztere dreimal so viel Schüler als die andere zählt. Die Sache ist allerdings begrifflich, die Realschule wird in entschieden deutscher Richtung geleitet, die Domschule hat einen schon in den Jahren der Erhebung als enragirten Dänen bekannten Director, der nach der dänischen Occupation Schleswigs allein von dem ganzen Lehrer-Collegium der Anstalt bestätigt worden ist, und jetzt nur dänische Lehrer um sich hat.

In Jütland hat man die Auflösung des Reichstags mit ziemlicher Gleichgültigkeit hingenommen. Man war auf die Männer vom Folkething sehr erboßt, besonders in den Städten. Nicht nur, daß die Gewählten der ländlichen Bevölkerung, die vielgenannten Bondevener (Bauernfreunde) eng zusammenhielten; es gelang ihnen auch sehr bald, eine große Anzahl der städtischen Abgeordneten zu ihren Ansichten zu bekehren, und die Klage der Städter war allgemein, daß während ihre Kandidaten bei der Wahl oft die bündigsten Versicherungen, das städtische Interesse zu wahren, gegeben hatten, sie kaum nach Kopenhagen gelangt, sich der Partie der Bauernfreunde zugewandt hätten. Solche Klagen beweisen denn nun freilich andererseits, daß das materielle, und demnach auch das politische Uebergewicht im dänischen Reiche bei der ländlichen Bevölkerung ist. Und in der That giebt es in Schleswig nur zwei Städte von über 10,000 Einwohnern, in Jütland keine einzige, auf Fünen etwa Odense, und nur Kopenhagen ist eine ansehnliche und große Stadt. Dagegen hat Holstein drei Städte über 10,000 Einwohner, von denen die eine, Altona, schon mehrere Jahre vor der Erhebung über 32,000 Bewohner hatte.

Daß das zehnte Armeekorps diesen Frühling in der Lüneburger Heide zusammengezogen werden wird, haben die Blätter schon vor einiger Zeit gemeldet. Dänemark wird zu diesem Manoeuvre so viel Bataillone und Escadrons seiner „gesammstaatlischen“ Armee schicken, als das holstein-lauenburgische Contingent beträgt, es werden aber jedenfalls National-Dänen sein, und höchst wahrscheinlich die gegenwärtig in den deutschen Herzogthümern stationirten Truppen, wenn man es nicht für allzu bedenklich hält, dieselben auch nur eine Zeitlang von Militair zu entlassen. Eine Ursache für missliebigen Bemerkungen wird indeß im Vergleich mit dem letzten Manöver des Bundeskorps vom Jahre 1844 in der schlechten Presse genommen sein, — man wird es weder unbegreiflich, noch demüthigend für den deutschen Namen finden, daß diese Truppen unter dem Zeichen des Danebrog ins Feld rücken. Wenn aber nach beendeten Exercitien die Truppen bei Viborgs und auf Lagerplätzen zusammenkommen, da wird gar mancher deutsche Soldat seinen deutschen Kameraden an den freundschaftlichen Kugelaustausch von Schleswig, Düppel und Aarhus erinnern können.

Kiel, 29. Januar. Der vormalige Mittelmeyer in der schleswig-holsteinischen Kavallerie, Aye, ist heute von hier nach Berlin übergesiedelt, wo er vorläufig im Polizei-Bureau verwandt werden wird. (S. N.)

Oesterreich.

Wien, 29. Jan. Dem Vernehmen nach hat, wie die „Presse“ schreibt, der Banus Freiherr von Zellacic die Weisungen erhalten über sein Verhalten im Falle einer Gebietsverlegung während der Kriegereignisse an der montenegro-türkischen Grenze, und hat sich in Folge derselben auch bereits mit seinem Stellvertreter in Dalmatien, Generalmajor v. Namula, in das Einvernehmen gesetzt. — Der Ankauf der deutschen Kriegsdampfer für unsere Flotte kommt nicht zu Stande. Die Unterhandlungen hierüber gingen nach längerer Dauer aus einander. Nichtsdestoweniger wird unsere Seemacht noch in diesem Jahr nachbaste Verstärkungen erhalten. Der „Br. Z.“ meldet man hierüber aus Triest von der Fregatte „Schwarzenberg“, einem in England im Baue begriffenen Propeller, dem Dampfer „Hengst“, welcher amirt wird, endlich der „Minerva“ und dem „Curtatone“, deren Ausrüstung für den aktiven Dienst in Aussicht steht.

Wien, 30. Jan. Die „Presse“ bringt heute einen Artikel, in welchem sie die Geschichte der Werbung Napoleons I. beim Hause Habsburg erzählt und daran folgende Bemerkung knüpft, deren Ton sehr grell mit der neulichen Hochzeitsrede des „Kloyb“ kontrastirt: „Durch diese nur leise angedeuteten Thatfachen allein wird die ruhmreiche Erwählung der Vermählung Napoleons I. in seines Neffen Hochzeitsgesellschaft in ihrer ganzen Erbarmlichkeit dargestellt. Wenn Oesterreich, wie Ludwig Napoleon zu sagen beliebt, sich mit Eifer darum erworben hätte, dem Kaiser Napoleon eine Tochter zu vermählen, so hätte das nur aus Gründen geschehen können, welche ein paar Jahre später ohne Zweifel mächtig genug gewesen wären, Oesterreichs Waffen gegen Rußland und Preußen zu kehren, und den Kaiser der Franzosen auf dem Thron zu erhalten.“

— Der „N. Z.“ schreibt man aus Ungarn: Zugleich mit der bereits durch öffentliche Kundmachung promulgirten Einstellung des Verkaufes von Militärpferden wurde die Beurteilung der überzählig werdenden Artillerie-Mannschaft vor der Hand suspendirt. Eine ziemlich bedeutende Truppenzahl soll mit den schnellsten Transportmitteln nach Dalmatien gebracht werden, um etwa dort eintretenden, unvorhergesehenen Ereignissen gewachsen sein zu können. Es heißt, daß auch ein Theil der Pesth'sner Garnison zur Verstärkung nach Süden gesendet werden dürfte. (Nat. Z.)

— In der Nacht vom 21. zum 22. Jan. ist der größte Theil der Stadt Friedland (bei Reichenberg) ein Opfer der Flammen geworden. Nach einer heillosigen Annahme sind an

200 Häuser abgebrannt und der Schaden beläuft sich über 100,000.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Januar. Wie aus guter Quelle verlautet, soll das Ministerium seine Ansichten in der Erbfolgefrage in einem nicht unbedeutenden Grade modifiziert haben, in Folge dessen dem zum Anfang des Monats März zusammentretenden neuen Reichstage eine neue königliche Vorlesung in dieser wichtigen Angelegenheit vorgelegt werden wird. Dagegen soll das Ministerium ganz entschieden entschlossen sein, die Zolleinheit durchzuführen; es heißt sogar, daß die Regierung Willens sei, die Verlegung der Zollgränze von der Elbe nach der Eibe noch vor dem Zusammentritt des Reichstages, als eine von dem Geheimen Staatsrathe der Gesamtmönarchie beschlossene administrative Maßregel zur Ausführung zu bringen, zu welcher eine Mitwirkung oder Sanction des dänischen Reichstages nicht erforderlich wäre; die Verlegung würde nachher dem Reichstage nur als ein fait accompli mitgeteilt werden.

Frankreich.

Paris, 29. Jan. Inmitten der Vorbereitungen zum morgigen Festtage bringen in die Öffentlichkeit wenig erfreuliche Nachrichten über die äußeren Verhältnisse. Herr Hübler soll mit Hrn. Drouin de l'Huy über die Wendungen, die der Kaiser seinem Beirathschenschlusse gab, in Folge erhaltenen Auftrages des Kaisers besprochen haben, und wenn auch der Minister des Aeußern beruhigende Ausklärungen gab, so ist doch das Eintreten einer Kälte in dem Verkehr Frankreichs mit den Nordmächten zu gewärtigen. Die französische Diplomatie wendet für den Augenblick alle ihre Thätigkeit der Umbildung einer englischen Allianz zu, und wird sie einmal verwirklicht, dann werden die Anstrengungen der Mißstimmung Frankreichs gegen den Osten klar hervortreten. Ueber kurz oder lang dürfte das Bestreben Frankreichs, in eine Allianz mit England zu treten, auch mit dem gewünschten Erfolge gekrönt werden, denn die französische Regierung scheint entschlossen zu sein, bei der Durchsicht des Handelsvertrages mit England ihm alle Vortheile des erneuerten Zolltarifes zuzuwenden. Für diesen Fall müßte aber Frankreich seiner Politik in Spanien eine andere Wendung geben, und doch will man hier dem neuen spanischen Anlehen, das durch keine finanzielle Nothwendigkeit geboten ist, die Durchführung des Staatsbankrotts zum Zwecke geben.

(Nat. Z.)

Paris, 30. Jan. Bei der gestern Abend in den Tuilerien stattgefundenen Civil-Eraunung war der Kaiser in General-Uniform; er trug die Ehrenlegionskette Napoleons I. und die Kette des goldenen Vlieses Karls V. Die Gefandten Russlands, Oesterreichs und Preussens waren anwesend. Das Civilstandsregister war das in den Archiven des Staatssekretariats aufbewahrte des alten kaiserl. Hauses, welches mit dem Adoptionsakt Eugens beginnt und mit dem Geburtsakt des Königs von Rom schließt.

(Tel. Dep. d. Pr. Z.)

Großbritannien.

London, 28. Jan. In mehreren Clubs geht das Gerücht, daß Hr. Gladstone sich mit einigen der Hauptmitglieder des Abergerns-Cabinet nicht einigen könne. Der Streitpunkt soll die Einkommensteuer sein. In Folge davon erwarte man Gladstones baldigen Austritt aus dem Cabinet und seine Ersetzung durch Sir Francis Baring, der bekanntlich früher schon, unter Ed. Melbourne, den Schatzkanzlerposten bekleidet hat.

Der telegraphische Vorläufer der Ueberland-Post ist ein Unglücksbote. General Godwin, so lautet die Depesche, hatte die Unflughet begangen, einen vorgerichteten Posten von nur 400 Mann in Pegu, 60 englische Meilen von Rangün, und in kurzer Entfernung vom Gros des birmanischen Heeres, stehen zu lassen. Der Birmanen-Feldherr griff daher den Posten augenblicklich an, schnitt die Verbindungen desselben mit Rangün ab, nahm einen Munitionstransport weg, umstellte den Ort und belagerte die Besatzung Tag und Nacht. Eine Seesoldaten-Abtheilung, aus 150 Seesoldaten, 300 M. Europäern und einem Dampfboote bestehend, versuchte, zum Entsatz Pegus, die Auffahrt zu erzwingen, und wurde mit Verlust zurückgetrieben. Zwei Colonnen von 2400 M. marschirten darauf von Rangün ab, stießen auf die Birmanen, schlugen den Feind, ihm dabei großen Verlust zufügend, und erreichten Pegu. Das Unglück besteht weniger im materiellen, als moralischen Verlust; der Nimbus britischer Ueberlegenheit ist, für einige Zeit wenigstens, geschwunden, und der dadurch gesteigerte Muth des Feindes dürfte dem Kriege eine ernstere Gestalt geben. Der liberalen Presse gereicht es zur Genugthuung, daß sie sich rühmen darf, seit zwei Monaten vor einem Schlage der Art gewarnt zu haben. Vielleicht wird die Regierung jetzt einsehen, daß es eine falsche Sparsamkeit ist, achtzigjährige Generale und gichtbrüchige Admirale, die darum keine Wellingtons und Napiers sind, im activen Dienst zu verwenden.

Aus Newyork, 12. Jan., berichtet man den Times über ein neues riesiges Eisenbahnproject. Es hat sich nämlich eine Gesellschaft mit dem nominellen Capital von 100 Mill. Dollars, zum Bau einer Eisenbahn vom Mississippi bis an das Gestade des stillen Meeres gebildet. Die ersten 600 engl. Meilen sollen im April begonnen werden und in fünf Jahren vollendet sein. Eine Telegraphenlinie wird natürlich den Schienenweg begleiten. Um Gewährung der nöthigen Vereinsprivilegien hat sich die Gesellschaft bereits durch eine Bill an den Senat des Staats Newyork gewendet. Es versteht sich, daß die Bill durchgehen und, ohne Zweifel, auch die Befestigung des Congresses erhalten wird. Das Unternehmung schmeichelt, durch seine Kühnheit, dem amerikanischen Nationalstolz zu sehr, um auf die geringste Anfeindung zu stoßen. Viele glauben sogar, daß es mit der Zeit — durch die allmähliche Steigerung der Verkehrsbedürfnisse im Innern, und Dank der colossalen Einwanderung aus Europa — lohnen werde. Der Staatssekretär, Everett, hat alle amerikanischen Gesandten und Consuln im Auslande, durch ein Rundschreiben vom 27. December vorigen Jahres, aufgefordert, sich für die Gewerbeausstellung, die in Newyork im Mai eröffnet werden soll, in jeder Beziehung auf das Lebhafteste zu wenden.

Telegraphische Depeschen.

Triest, 30. Jan. Der Wojwode von Grahovo hat sich aus dem Brande nach Grotte gerettet.

Rom, 26. Jan. Der Papst hat dem Könige von Baiern einen Besuch abgelehnt.

Turin, 29. Jan. Die Abgeordneten-Kammer hat 10 Artikel des Gesetzes-Entwurfes über die Handelskammer genehmigt. (Tel. Dep. d. E. V.)

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin, 2. Februar.** Die Führung der königlichen Postdampfschiffe ist nunmehr in folgender Weise regulirt: Capitain Steffen erhält das Commando des „preussischen Adlers“ zwischen hier und St. Petersburg; Capitain Barandon ist zum Führer des in England noch im Bau begriffenen „Ragler“ ernannt, welcher zwischen hier und Stockholm in diesem Jahre die Verbindung unterhalten wird; Steuermann Saag ist zum Capitain und Führer der „Königin Elisabeth“, die nunmehr zwischen Stralsund und Malmö fahren wird, und der zweite Steuermann Schmidt zum ersten Steuermann auf dem „Ragler“ ernannt.

Stettin, (Schwurgerichtssitzung vom 1. Februar. Anfang der Sitzung 9 Uhr, Ende 4 Uhr.) Als Angeklagte wurden heute vorgeführt:

1) der frühere Fuhrmann, jetzige Arbeitsmann Christian Friedrich Wilhelm Ping, 36 Jahr alt, Vater von 5 Kindern, angeschuldigt, dem Topfbruder Sengestock schwere Körperverletzungen zugefügt zu haben, die den Tod zur Folge gehabt hätten, und

2) der Korbmachergeselle Casar Adolph Eduard Kohde, 25 Jahr alt und angeschuldigt, den ic. Ping durch Zorn und Versprechungen von Geld zur schweren Körperverletzung gereizt zu haben.

Beide Angeklagten sind von hier, in der Nagelschraube wohnhaft, Ersterer 1848 m. 12 Tagen Gefängnis, Letzterer noch nie bestraft.

Der Angeklagte ic. Ping gab auf die Frage des Herrn Vorsitzenden, Kriegsgerichtsrath Lubwig, folgenden Vortrag der Sache an:

Ich habe in einer Kammer im Keller in der Nagelschraube bei dem ic. Sengestock 7 Monat gewohnt; die zweite im Keller befindliche Kammer bewohnte seit 2 Monaten der Arbeitsmann Drews mit seiner Familie. Es waren schon im Laufe dieser Zeit öftere Streitigkeiten zwischen dem ic. Sengestock einerseits und dem ic. Drews und mir andererseits vorgefallen; unter anderen bin ich von demselben zwei Monate vorher dergestalt, ohne mich zu wehren, mißhandelt worden, daß er mir das rechte Auge beinahe aus dem Kopfe geschlagen hat. Etwas, wenn ich nicht irre, war es der 12te November v. J., wie der ic. Sengestock mit dem ic. Drews in heftigen Streit wegen ihm fehlender 10 Sgr. gerieth, der von diesem Tage an ununterbrochen bis zur Mißhandlung anhielt. Am Mittwoch Abend, den 17. November v. J., kam ich in meine Wohnung, um einen Schlüssel zu holen, als mich der ic. Sengestock mit den Worten: Spitzbube, Schurke, Pallulle ic. schimpfte, auf mich losging und mich mit der Faust mißhandelte; ich wehrte mich, warf ihn auf das Bett und ergriff, wie derselbe mir wieder nachkam, eine in der Kammer stehende Wagenrinne und versetzte demselben einige Schläge auf den rechten Arm und dann in seinem Beite noch drei Schläge auf die Beine, worauf der ic. Drews dem Sengestock das Deckbett über den Kopf deckte mit den Worten: Ping, schlag ihm nicht in den Kopf.

Nachdem in dieser Verhandlung 15 Zeugen vernommen worden waren, stellte sich heraus, daß die Aussage des Angeklagten keineswegs der Wahrheit gemäß sei. Der Jenge Drews hatte bekundet, daß Ping dem Sengestock in den Kopf geschlagen und letzterer darauf nichts mehr gesagt habe; die Ehefrau desselben bezeugte, daß Sengestock zu Ping gesagt habe: Ping, laß sein, ich habe genug; ferner gab die Zeugin, unverheiratete Trautwedel an, daß Ping zu dem ic. Sengestock geäußert: ich will mich erst verpuffen, dann werde ich dich so blau machen, wie du mir die Augen geschlagen; eine andere Zeugin bekundet, daß Ping gesagt habe: ich habe ihn in Ruhe gebracht, ich werde ihn bald wieder munter machen.

Der Herr Kreisphysikus, Medizinalrath Dr. Behm, sagte in seinem ärztlichen Gutachten aus, daß bei der Deubduction sich ergeben habe, daß nur die eine am Kopfe links befindliche, mehrere Zoll lange, 1 1/2 Zoll breite, mit der Wagenrinne dem Vermuthen nach geschlagene Kopfwunde die tödtliche Wunde sei und den Tod des ic. Sengestock momentan herbeigeführt habe und zwar durch Blutung im Gehirn. Sämmtliche Wunden, außer einer an der rechten Stirn, wären an der linken Seite gewesen und könnten mindestens 20 Piele, die der ic. Sengestock erhalten und zwar in nach und nach verstärktem Grade, angenommen werden. Nach den Wunden zu urtheilen, läge aber keine beabsichtigte Tödtung gegen den Angeklagten vor.

Der Herr Kreisphysikus Stoppel bestätigte die Aussage des Herrn Dr. Behm in allen Theilen.

Nachdem der Herr Staatsanwalt Krättschell durch eine sehr gründliche Ausführung nicht allein seine Anklage motivirt hatte, beantragte derselbe auf Grund der vorliegenden Thatfachen das Schuldig auf vorsätzliche Tödtung, ohne Ueberlegung.

Der Verteidiger des Angeklagten, Herr Justizrath Aller widersprach dem Antrage des Herrn Staatsanwalts und trug nur darauf an, denselben einer vorläufigen schweren Körperverletzung, die den Tod zur Folge gehabt und zwar unter mildern Umständen, die derselbe motivirte, später vom Herrn Staatsanwalt interpretirt wurde, für schuldig zu erachten.

Den Herren Geschwornen wurden in dieser Sache vom Gerichtshofe drei Fragen vorgelegt:

- 1) Ist der Angeklagte Ping schuldig, dem ic. Sengestock mehrere Schläge vermittelst einer Wagenrinne vorsätzlich, jedoch ohne Ueberlegung, auf den Kopf gegeben zu haben, um ihn zu tödten? Antwort der Herren Geschwornen: Nein.
- 2) Ist der Angeklagte Ping schuldig, dem ic. Sengestock vorsätzlich mehrere Schläge auf den Kopf gegeben zu haben, die den Tod desselben herbeigeführt haben? Antwort der Herren Geschwornen: Ja.
- 3) Sind mildernde Umstände vorhanden? Antwort der Herren Geschwornen: Nein.

Der Herr Staatsanwalt beantragte eine fünfzehnjährige Zuchthausstrafe; der Herr Defensor wollte dieselbe auf 11 Jahre Zuchthaus gemildert wissen; der Gerichtshof bestätigte auf Grund des §. 194 des Gesetzbuchs den Antrag des Herrn Staatsanwalts: Funfzehn Jahre Zuchthaus.

Der zweite Angeklagte, Korbmachergeselle Casar Adolph Eduard Kohde bestritt die Anklage wegen Anreizung; zwei Zeugen: die unverheiratete Trautwedel und Schreiber bekundeten jedoch, daß der Angeklagte zu dem Ping gesagt habe:

„Ping bist Du's?“ — „Ja ich bins?“ — „das oberste Ende mußt Du unten nehmen, sonst kommt es nicht durch. Wenn Du nicht kannst, so bring ihn nur herauf; der Hund ist noch nicht todt.“

Ferner hat die zweite Zeugin bekundet, daß der ic. Kohde zu Ping gesagt habe:

„Dau zu, haue zu, Du sollst auch 3 Silbergroßen zum halben Quart Schnaps haben.“

Obgleich mehrere Zeugen dies nicht gehört haben wollen und sogar bekundeten, daß der ic. Kohde gesagt habe: er gebe kein Geld zu Schnaps, dem Ping mögten sie nicht mehr geben, er würde sonst noch wüthender werden; ferner auch in Betreff seiner Moral zwei Zeugen das beste Zeugnis abgaben, hielt der Herr Staatsanwalt die Anklage aufrecht, und der Gerichtshof legte den Herren Geschwornen folgende Fragen vor, nämlich:

- 1) Ist der Angeklagte schuldig, absichtlich zu den Schlägen auf den Kopf des ic. Sengestock durch Aufforderung und Versprechen von Geld angereizt zu haben? — Antwort der Herren Geschwornen: Nein.
- 2) Ist der Angeklagte schuldig, durch Aufforderung und Versprechen von Geld zur Fortsetzung der Mißhandlungen angereizt zu haben? — Antwort der Herren Geschwornen: Ja.
- 3) Sind mildernde Umstände vorhanden? — Ja.

Der Herr Staatsanwalt beantragte eine Geldbuße von 100 Thlr.

oder 3 Monat Gefängnißstrafe; der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Depemann, wollte dieselbe auf 25 Thlr. und 14 Tage Gefängniß bezogen wissen, wödingen der Gerichtshof dem Antrage des Herrn Staatsanwalts auf Grund des §. 34, 35 und 187 des Strafgesetzbuchs beipflichtete. Der Angeklagte wurde auf Anordnung des Herrn Vorsitzenden noch heute auf freien Fuß gelassen.

Am Donnerstag findet keine Schwurgerichtssitzung statt; am Freitag kommt die Angelegenheit der unverheir. Pannal und unverheir. Bohnenengel wegen schweren Diebstahls zur Verhandlung; am Sonnabend wird gegen den Matrosen Meyer, Arbeitsmann Uher und Uhrmachergesellen Kramphorn wegen schweren Diebstahls und die verheir. Damerius wegen Hehlerei verhandelt.

— Polizei-Bericht vom 31. Januar. Entwandt sind: 1) aus einem Hause auf dem Rosengarten 1 Schiff. Betzkenkreie; — 2) aus einem Hause in der Heiligengeiststraße mittelst Einbruchs 9 Thlr. 10 Sgr. — Als mutmaßlich entwandt ist in Beschlag genommen: ein schwarzer Ueberrock von feinem Tuch. — Verhaftet sind am 29. und 30. d. wegen Diebstahls 1 Person, wegen Nichtbefolgung der Reiserroute 1, wegen Uebertriebens 2, wegen Obdachlosigkeit 3 Personen.

Provinzielles.

Greifswald, 27. Jan. Mit dem Jahreswechsel hat, wie gewöhnlich, auch der Rectoratswechsel stattgefunden. Der Professor Dr. Mathies hat sein Amt in die Hände des Gemeindevorstandes Dr. Berends niedergelegt. Die Jener, zum ersten Male mit der Würde des Rectors bekleidet, mit besonderer Liebe, Umsicht und Energie dem neuen Wirkungskreise sich hingegen, so hat Letzterer, früher schon mehrmals mit der Führung des Rectorats betraut, gleichfalls gerade in diesem Wirkungskreise große Anerkennung gefunden. An der Reorganisation der städtischen Verfassung wird thätig gearbeitet, und man sieht um so mehr einem befriedigenden Resultate entgegen, da Magistrat und Bürgerschaft mit gegenseitigem Vertrauen diese Angelegenheit betreiben. (N. Pr. Z.)

The musical von S. Walter.

Daß unsere heimische Capelle in großer Achtung bei unserm Publikum steht, bewies der äußerst zahlreiche Besuch des gestrigen Walterischen Concerts. Wir haben kürzlich öfter Gelegenheit gehabt, uns über die trefflichen Leistungen der Hamburger Capelle auszusprechen, und liegt wohl ein Vergleich beider nahe. Wir dürfen es nicht verhehlen, der Unterschied ist groß und leider zum Nachtheil unserer heimischen Musiker, denen, um nur von den Geigen zu sprechen, jene innere, geistige Wärme des Gefühls fehlt, die wir an dem Spiel des Herrn Senied bewundern, und welche in Theresie Milanollo ihren Höhepunkt erreicht.

Doch, fern sei es von uns, das Einheimische herabzusetzen, auch die Walterische Capelle hat anerkennungswürdige Seiten, und war gestern das Bestreben Aller nicht zu verkennen, dem gut gewählten Programm gerecht zu werden. — Einzelne Ausführungen tiefen nichts zu wünschen übrig, und wenn man erwägt, daß diese Herren nicht täglich zusammen spielen, und Proben daher nur selten sein können, so dürfen wir auch ihnen unsere vollste Anerkennung nicht verweigern. Namentlich gut ausgeführt wurde die Ouvertüre zu „Stradella“, sowie das Hornsolo an einzelnen Stellen seines Eindrucks auf die Gemüther nicht verfehle.

Ebenso einverstanden müssen wir uns mit der Ausführung des dritten Theils (Fest-Ouvertüre, Cavatine aus Robert v. Teufel, Bondivant-Polka, Genre-Bilder von Josef Gangl) erklären. Mögen unsere heimischen Künstler ebenso ihren Werth als, was ihnen noch fehlt, erkennen und würdigen, und in dem Streben nach Vollendung, die den wahren Künstler auszeichnet, ihren Beruf finden. — Dann werden wir auch ihnen die Palme des Sieges einst zuerkennen können. S. B.

Barometer- und Thermometerstand bei C. F. Schulz & Comp.

Januar.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° red. uirt.	31	340,11"	341,57"	342,09"
	1	341,97"	343,14"	347,05"
Thermometer nach Réaumur.	31	+ 0,8°	+ 2,8°	+ 2,8°
	1	+ 1,3°	+ 2,9°	+ 1,7°

Angekommene und abgegangene Schiffe.

Amsterdam, 28. Januar. Br. Biederbina, Kroon, von Danzig.
Danzig, 30. Januar. St. Johannes, Andras, nach Liverpool.
Satellite, Swan, nach London.
Dundee, 26. Januar. Kurik, Fretleben, von Memel.
London, 29. Januar. Gamler, Egberts, von Stettin.
Marzelle, 26. Januar. Flora, Witt, nach Halmouth.
Wistley, 26. Januar. Talletta, Uffen, von Königsberg.
Wolgast, 28. Januar. Carl Gustav, Niemann, von Grimshy.
29. Gustav, Rask, nach der Nordsee.

Oberbaum-Liste.

Bon.	Schiffer.	Empfänger.	Ladung.
Posen	Wendel	Stettiner Walzmühle	45 B. Weizen
—	Gierke	J. S. Stahberg	45 - do.
—	Matheius	Karowsky & Reiche	38 - do.

Unterbaum-Liste.

Bon.	Schiffer.	Empfänger.	Ladung.
Anklam	Pinnow	Karowsky & Reiche	7 B. Gerste.

Sund-Liste.

25.-29. Januar.	Bon.	Schiff.	Capit.	nach	mit
Danzig,	Bertha	Jande	London	—	Weizen
	Eintracht	Dießner	—	—	—
	Theresie	Dannenberg	—	—	—
	Approbite	Hundt	Leith	—	—
	Sidonja	Ruth	Ruth	—	—
	Reisen	Debleu	Stockton	—	Sleepers
	Bison	Möhring	Liverpool	—	Stäbe
Memel,	Mariane Bertha	Strids	Nordsee	—	Zimmer
		Nach der Diffe.			
Nach	Schiff	Capit.	von	mit	
Wolgast,	Marie (D.)	Jäger	Grangemouth	Rohlen	

Schiffs-Nachrichten.

Eisenaur, 29. Januar. Das Dampfschiff Marie aus Wolgast ist heute südwärts passirt. Einzelne Schiffe passiren täglich von der Diffe. Hinter Kronberg liegt kontrairten Windes wegen die Bark Friedrich Wilhelm III., Kapit. Spohn, aus Danzig, von London nach Hause in Ballast. Der Wind ist fortwährend östlich und seit gestern haben wir ein paar Grade Frost.

Börsen-Berichte.

Stettin, 1. Februar. Regenwetter. Weizen, sehr flau, gelber 91pfd. schlesischer abzuladen zu 63 1/2 Thlr. ausgeben. Roggen, matt, 82pfd. pr. Februar 45 1/2 Thlr. bez. und Br., 45 Thlr. Bd., pr. Frühjahr 45 1/2 Thlr. bez. u. Bd., 45 1/2 Thlr. Br. Hafer am Wasser 50pfd. 30 Thlr. bez., schwimm. 52pfd. 31 Thlr. Brief. Rüöl, ohne Kaufsch., loco 10 1/2 Thlr. Br., pr. Februar-März 10 1/2 Thlr. bez. u. Br., pr. März-April 10 1/2 Thlr. Br., pr. April-Mai 10 1/2 Thlr. Br., 10 1/2 Thlr. bez., pr. September-Oktober 10 1/2 Thlr. Bd. Spiritus still, am Landmarkt 17 1/2 % ohne Faß bezahlt, loco

